

**Arbeitsgruppe
Berufsorientierung**

Zur Saaleaue 51a, 06122 Halle (Saale)
Telefon: 0345/68694816
ag-bo@spi-ost.de

Positionspapier

**Zur Gestaltung des Überganges Schule-Beruf
in Halle (Saale)**

Arbeitsgruppe Berufsorientierung

September 2013

VORWORT

Die Arbeitsgemeinschaft Berufsorientierung (AG BO) der Stadt Halle (Saale) umfasst eine Gruppe von professionellen Akteuren aus den Bereichen Jugendhilfe, Verwaltung, Bildung und Wirtschaft, die stadtweit zusammenarbeiten. Die Moderation der AG BO wird gefördert über das Modellprogramm JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region. Inspiriert vom Positionspapier des AWO-Bundesverbandes "Jugendliche ohne Perspektive - eine Zielgruppe der Jugendsozialarbeit"¹ vom Dezember 2011 wurde die Idee geboren, die Situation von Jugendlichen beim Übergang Schule - Beruf auch für die Stadt Halle (Saale) zu beschreiben und damit eine Diskussion zur notwendigen Weiterentwicklung dieses Feldes in unserer Kommune anzuregen. Das Positionspapier entstand im Rahmen von Sitzungen der Arbeitsgruppe im Zeitraum März 2012 – September 2013 und bezog Interviews mit Dritten sowie Evaluationen der beteiligten Projekte mit ein.

Bei der Beobachtung Jugendlicher am Übergang Schule - Beruf werden schnell Diskrepanzen ersichtlich: Auf der einen Seite gibt es eine Gruppe von Jugendlichen mit guten schulischen Perspektiven und damit verbunden sich entwickelnden Lebens- und Integrationsperspektiven. Diese wird von potentiellen Arbeitgebern und ergänzenden berufsvorbereitenden Angeboten stark umworben. Auf der anderen Seite existiert eine Gruppe junger Menschen, denen die berufliche Integration nicht oder nur sehr schwer gelingt. Die zahlreichen bestehenden Angebote an Lehrstellen, Qualifikationen und Jobangeboten sind für diese Gruppe der sog. benachteiligten Jugendlichen aus verschiedensten Gründen nahezu unerreichbar.

Das folgende Positionspapier zeigt die aktuelle Situation, Sichtweisen und Standpunkte der Mehrheit der unterschiedlichen professionellen Akteure zum momentanen Angebot am Übergang Schule-Beruf mit besonderem Fokus auf die benachteiligten Jugendlichen auf. Daraus resultierend werden grundsätzliche Forderungen und Anforderungen an die zukünftige Gestaltung dieses Feldes in der Stadt Halle (Saale) aus Sicht der AG BO formuliert.

Nach Ansicht der AG BO ist es prinzipiell notwendig, dass alle beteiligten und verantwortlichen Akteure in Politik, Verwaltung, Bildung, Gesellschaft und Wirtschaft auf kommunaler sowie Landes- und Bundesebene gefordert sind, die Anforderungen an Jugendliche im Übergangssystem Schule-Beruf zu prüfen und weiterzuentwickeln. Der Fokus muss dabei auf einer ganzheitlichen Betrachtung der Situation Jugendlicher liegen und darf nicht auf individuelles Leistungsversagen oder mangelnde Motivation reduziert werden. Mit diesem Positionspapier fordert die AG BO zu einer entsprechenden Diskussion und Entwicklung in der Stadt Halle (Saale) auf!

¹ http://www.bagkjs.de/media/raw/AWO_Positionspapier_Jugendliche_ohne_Perspektive_2011.pdf

1. ALLGEMEINE AUSGANGSLAGE IN HALLE (SAALE)

Festes Schema der Berufsorientierung an Schulen

Berufliche Orientierung an Sekundarschulen in Halle (Saale) beginnt i.d.R. ab Klasse 7 mit dem BRAFO- Projekt (Berufsorientierung Richtig Angehen Frühzeitig Orientieren). Es verbindet erste berufliche Informationen mit möglichen betrieblichen Praktika. Es schließen sich in den darauf folgenden Schuljahren mindestens 2 Praktika à 2 Wochen, Besuche im Berufsinformationszentrum (BiZ) der Agentur für Arbeit, berufsorientierende Veranstaltungen der Berufsberater an den Schulen, Teilnahme an berufsorientierenden Projekten, Beratungsangebote durch die Berufsberater und individuelle Angebote der Schulsozialarbeiter an. Darüber hinaus ist das Thema Bewerbung (für Praktikum und Ausbildung) im Schulunterricht und der Berufsberatung verstetigt.

Sollte nach dem Verlassen der Sekundarstufe kein erfolgreicher Übergang in Ausbildung stattfinden, schließen sich i.d.R. zur Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht schulische Angebote wie das Berufsvorbereitende Jahr (BVJ) und Berufsgrundjahr (BGJ) an den Berufsbildenden Schulen, sowie Maßnahmen der Agentur für Arbeit wie Einstiegsqualifizierung (EQ) oder andere Angebote wie Bundesfreiwilligendienst (BFD) an.

Wachsende Zahl an Schulabbrüchen und -versagen

In der alltäglichen Arbeit in der beruflichen Orientierung für Jugendliche werden, egal in welcher Position, die gleichen Erfahrungen gemacht: Eine wachsende Anzahl von Schülern hat teils gravierende Schwierigkeiten im bestehenden Schulsystem. Dies spiegelt sich z.B. in einer konstant hohen Anzahl an Schulverweigerern wieder. In der Stadt Halle (Saale) wurden im Schuljahr 2011/12 offiziell insgesamt 217 Schulverweigerer erfasst, wovon 70% Sekundar- und Berufsschüler waren². Die Zahl der Schulverweigerer an Grundschulen hat sich seit 2007 nahezu verdreifacht. Es ist zudem in allen Bereichen von einer wesentlich höheren Dunkelziffer auszugehen.

Auch die Zahl der Jahrgangswiederholungen an Schule bestätigt diese Beobachtungen. So wiederholten im Schuljahr 2012/13 insgesamt 274 Schüler eine Klasse an einer Sekundarschule, Gesamtschule oder einem Gymnasium³. Im Bereich Sekundarschule betraf dies 6,8% aller Schüler.

In Halle (Saale) erreichten 2012 laut Schuljahresendstatistik 88,4% aller Schulabgänger an allgemeinbildenden Schulen mindestens einen Hauptschulabschluss⁴ (deutschlandweit: 94,4% in 2011) und erfüllten damit die Mindestanforderung für einen Einstieg in eine Berufsausbildung. 149 Schulabgänger (entspricht 10,4%) verließen die Schule mit einem Abgangszeugnis (ohne Abschluss) oder einem Abschluss der Lernbehindertenschule. Im sich häufig für diese Schüler zur Erfüllung der Schulpflicht anschließenden BVJ der Berufsbildenden Schulen erreichten in Sachsen-Anhalt 2012 lediglich 32% der Schüler einen Hauptschulabschluss⁵.

² Quelle: Stadt Halle (Saale); Fachbereich Sicherheit

³ Quelle: Stadt Halle (Saale); Geschäftsbereich Bildung und Soziales

⁴ http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/download/stat_berichte/6B102_j_2011.pdf

⁵ http://www.statistik.sachsen-anhalt.de/download/stat_berichte/6B201_j_2012.pdf

Der von insgesamt 146 Schülern an allgemeinbildenden Schulen in Halle (Saale) erreichte Hauptschulabschluss hat in den vergangenen Jahren zudem eine „Entwertung“ erfahren, da die meisten Ausbildungen mindestens einen Realschulabschluss zur Voraussetzung haben. Auch wenn die Arbeitgeber unserer Region inzwischen vermehrt Ausbildungen auch für Hauptschüler anbieten, hat diese Schülergruppe trotzdem große Probleme einen Ausbildungsplatz zu finden. Das bedeutet letztlich, dass sowohl jene Schüler, die keinen Schulabschluss vorweisen können als auch jene, die einen Hauptschulabschluss erworben haben, erhebliche, teils fast unlösbare Schwierigkeiten beim Finden eines Ausbildungsplatzes haben. Dies betrifft insgesamt mit 21,8% mehr als jeden fünften Schulabgänger in Halle (Saale).

Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund stellt sich die Situation noch schwieriger dar. Die Einmündungschancen von Ausbildungsstellenbewerberinnen mit Migrationshintergrund sind geringer als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund, auch bei ausdrücklich als „ausbildungsreif“ definierten Jugendlichen.

Hohe Zahl an arbeitslosen Jugendlichen und jungen Erwachsenen

In der Konsequenz sind im Juni 2013 insgesamt 1.163 junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren in Halle (Saale) arbeitslos gemeldet (entspricht 10,1%), davon 177 unter 20-jährige⁶. Die bundesweite Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe beträgt zum selben Zeitpunkt 5,6%⁷.

Um der beschriebenen Gesamtsituation zu begegnen, reagieren die Bundesagentur für Arbeit und das Jobcenter mit einer Veränderung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hin zu individuelleren Unterstützungsmaßnahmen, deren Zahl stetig ansteigt. Doch diese Reaktionen können nicht in allen Fällen fruchtbare Ergebnisse hervorbringen, wenn die sozialen und schulischen Ausgangsbedingungen die Jugendlichen nicht adäquat auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt vorbereiten.

Unbefriedigende Bedingungen für unterstützende Angebote

Unterstützende und erfolgreiche Angebote in Halle (Saale) aus dem Bereich der Jugendhilfe mit Fokus auf besonders benachteiligten bzw. individuell beeinträchtigten Jugendlichen, wie:

- Schulsozialarbeit
- Angebote der Reintegration in Schule (Schulverweigerung – Die 2. Chance; ReIntegrations-Klasse, Werk-statt-Schule, u.a.)
- Angebote der Jugendberufshilfe (Kompetenzagentur; LOOP; STABIL; WAKE UP – Dein Sprung ins Leben, u.a.)

finanzieren sich überwiegend aus befristeten Fördertöpfen wie dem Europäischen Sozialfond (ESF) und dem Bildung- und Teilhabepaket der Bundesregierung (BuT). Dies führt dazu, dass es schwer ist,

⁶ <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201306/ama/amr-amr/amr-15002-0-xls.xls>

⁷ <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201306/iiia4/multi-eckwerte/multi-eckwerte-d-0-zip.zip>

Kontinuität und lang anhaltende belastbare Strukturen im Bereich der beruflichen Orientierung und Integration für Jugendliche aufzubauen. Oft muss von neuem begonnen werden, da schon etablierte und gut funktionierende Angebote gar nicht oder nur verändert weiter geführt werden können. In allen Bereichen fällt es den Akteuren daher schwer, immer auf dem aktuellen Stand der bestehenden Angebote und Möglichkeiten zu bleiben. Dies geht vor allem zu Lasten der betroffenen Zielgruppe: der Jugendlichen ohne Ausbildungsreife und Ausbildungsplatz!

2. STANDPUNKTE UND ERFAHRUNGEN ZUM ÜBERGANG SCHULE-BERUF IN HALLE (SAALE)

Die nachfolgenden Positionen beruhen auf Interviews mit verschiedenen Projekten der Jugendsozialarbeit, dem Ausbildungszentrum Bau Holleben, der Metallwerkstatt Otto, der Schulsozialarbeit einer Förderschule für Lernbehinderte, der Jugenduni Halle, Jugendlichen aus verschiedenen Schulen und Projekten sowie dem Austausch und der Fachdiskussion im Rahmen der Arbeit der AG BO bzw. den Erfahrungen der einzelnen Angebote und Akteure.

Standardisierte Angebote der Berufsorientierung erreichen viele Schüler nicht!⁸

Für viele Schüler an Sekundarschulen ist das Thema Berufsorientierung noch nicht interessant und es langweilt sie eher. In der Regel wird erst nach dem erworbenen oder verfehlten Schulabschluss aktiv nach Ausbildungsangeboten gefragt.

Die Lebenswelt der Jugendlichen beinhaltet fast ausschließlich aktuelle Bezüge in Familie, Freizeit und Schule. Eine gedankliche oder gar aktive Auseinandersetzung mit der eigenen beruflichen Zukunft, mit Betrieben, Ausbildung, der Bundesagentur für Arbeit, BIZ etc. findet nicht statt. Sie gehören für sie zu einer unbekannten Welt, die als Zwang und unangenehme zukünftige Realität wahrgenommen und aktiv verdrängt wird. Bei Angeboten der Berufsorientierung insbesondere an der Schule, fehlt den Jugendlichen der sinnstiftende Zusammenhang zwischen „Schnupperangeboten“ / Praktika zu einer späteren beruflichen Zukunft. Vielmehr wird das Praktikum als notwendiges Pflichtprogramm, wie es auch die Schule generell ist, wahrgenommen.

Jedoch wünschen sich die Jugendlichen ausdrücklich einen vertrauenswürdigen Partner, der ihnen diese unbekannte Welt verständlich erklärt, öffnet und sie bei der beruflichen Orientierung verlässlich und dauerhaft begleitet. Viele bestehende Angebote der beruflichen Orientierung werden

⁸ Zusammenfassung von Einzelinterviews mit 4 Schülern der 9. Klasse der Sekundarschule „Kastanienallee“, 2 jugendlichen MigrantInnen, die im Projekt LOOP (Sankt Johannis GmbH) ihren Realschulabschluss erwerben sowie der Evaluation von Gruppenveranstaltungen des Projektes BOSSA (JFZ St. Georgen e.V.) mit 9./10. Klassen an Sekundarschulen sowie BGJ-/BVJ-Klassen an den Berufsbildenden Schulen in Halle (Saale).

in dieser Hinsicht aber als zu standardisiert empfunden und zu wenig an den individuellen Sorgen, Ängsten und der konkreten Lebenssituation ausgerichtet wahrgenommen. Die Schüler interessieren sich noch nicht für konkrete Berufsbilder, weil es im Moment nicht zu ihrer Lebenssituation passt. Das Ende der Schulzeit erscheint noch fern, der Sinn dieser Art der beruflichen Orientierung ist für die Schüler nicht erkennbar.

Die bestehenden Strukturen/Angebote der beruflichen Integration und die Lebensentwürfe der Jugendlichen passen nicht zusammen!

Etwa die Hälfte der über Maßnahmen der Agentur für Arbeit und des Jobcenters erreichten Jugendlichen im städtischen Bereich zeigt eine „Null-Bock“-Stimmung. Die (gesetzlichen) Strukturen der beruflichen Integration passen nicht zur Lebenswelt der Jugendlichen, welche teils andere Lebensentwürfe (z.B. „Hartzler werden“) verfolgen, als diese vorsehen. Dabei lehnen manche Jugendliche zum Teil die Angebote bewusst ab, da sie sich durch die Termine in ihrem Tagesablauf gestört fühlen.

Das Jobcenter (Bereich U25) nimmt zunehmend eine Forderungshaltung von Seiten der Jugendlichen wahr (Wohnung, Handy,...). Das Bewusstsein, dass andere Menschen dafür arbeiten müssen, ist zum Teil nicht vorhanden. Die Bereitschaft, ihnen unangenehme Pflichten und Auflagen zu erfüllen, ist bei manchen Jugendlichen nur bedingt ausgeprägt. Diese Jugendlichen werden von den bestehenden standardisierten Angeboten nicht erreicht, was wiederum die Mitarbeiter in der Verwaltung frustriert.

(Schüler-)Praktika sind nicht auf das Berufsfeld abgestimmt!

Die Erfahrungen mit Schülerpraktikanten oder Praktikanten aus von der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter finanzierten und von Bildungsträgern durchgeführten Maßnahmen werden von Seiten der Wirtschaft als schwierig eingeschätzt. Es kommen Praktikanten, die gar kein Interesse am jeweiligen Beruf haben, unvorbereitet sind und das Praktikum absitzen. Sie lassen Motivation, Pünktlichkeit und grundlegende Umgangsformen vermissen. Es ist im Vorfeld keine individuelles „Matching“ vorgenommen worden. Hier besteht der Eindruck, dass alle über einen Kamm geschert werden, um sie schnell unterzubringen. Zudem wird eine Zeit von 2-4 Wochen für ein Praktikum als nicht ausreichend im Sinne des Aufbaus einer Identifizierung mit dem Berufsfeld und dem Unternehmen angesehen.

Ein damit zusammenhängendes Interesse von Seiten der Unternehmen bezüglich der Zusammenarbeit mit Schulen, z.B. Übernahme von Patenschaften für Klassen, stößt auf Desinteresse und fehlende Unterstützung bei Schulleitungen und Lehrern.

Die Lebenssituation benachteiligter Jugendlicher wird ungenügend berücksichtigt!

Es gibt einen hohen Anteil Jugendlicher, die den Sprung von Schule in eine Ausbildung aus verschiedenen Hemmnissen heraus nicht schaffen. Diese Jugendlichen besitzen häufig keinen Schulabschluss oder sind aus ihrer individuellen Situation und ihrem sozialen Umfeld heraus nicht in der Lage, den Einstieg in eine Berufsausbildung zu bewältigen. Sie werden u.a. durch folgende individuelle Faktoren in ihrer beruflichen Integration gehemmt:

- fehlende Alltagsstruktur
- wenig sozialer Kontakt zu „Integrierten“ / Vorbilder für berufliche Integration fehlen
- geringer Bewegungsradius (Kiez, Stadtgebiet werden kaum verlassen)
- zunehmende Anzahl psychischer Erkrankungen, Suchtproblematiken und anderen schwerwiegenden Belastungen (z.B. Schulden, Wohnungslosigkeit) – Leben in ständigen Krisen (Scheidung, Tod, Missbrauch,...)
- wenig Selbstvertrauen/ kaum Kenntnis von eigenen Ressourcen, Fähigkeiten und eigene Visionen
- Reproduktion des eigenen Stigma (können sich für Weniges aus sich heraus begeistern, Leben in Lethargie, ...)
- Gefühl von Fremdbestimmung (z.B. Jobcenter)
- mangelnde Stimmigkeit von Wunsch und Wirklichkeit
- Schwellenängste/ Angst vor der eigenen Courage

Hinzu kommen strukturelle Hemmnisse wie fehlende adäquate Kinderbetreuungsmöglichkeiten, kaum Möglichkeiten der Ausbildung für Geringqualifizierte (z.B. Teilausbildungen, theorieverminderte Ausbildungen) und schlechte Chancen auf eine betriebliche Ausbildung ohne einen Realschulabschluss.

Mit jedem Monat „zu Hause“ sinkt die reale Möglichkeit der Integration dieser Jugendlichen am Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Stück für Stück baut sich ein hoher Erwartungs- und Leistungsdruck auf, der v.a. durch die Mechanismen des Jobcenters hervorgerufen wird. Durch engmaschige Vorgaben und drohende Sanktionen baut sich ein Gefühl des „Müssens“ auf. Gesetzliche Vorgaben bedingen, dass immer weniger darauf geschaut wird, wozu der Jugendliche in der Lage ist und was er möchte. Die Voraussetzungen für eine berufliche Integration dieser Jugendlichen können jedoch nur über einen niedrigschwelligen sozialpädagogischen Zugang mit dem Ziel des Abbaus der genannten hemmenden Faktoren geschaffen werden. Dafür sind die entsprechenden strukturellen Voraussetzungen zu schaffen. Aus Sicht der Sozialpädagogik sind individuelle Sanktionierungen der Jugendlichen an dieser Stelle kontraproduktiv für einen erfolgreichen Integrationsprozess!

Es gibt zu wenig adäquate Ausbildungsmöglichkeiten für Förderschüler!

Viele Förderschüler mit Lernbehinderung sind zunächst nicht in der Lage, einen regulären Hauptschulabschluss zu erlangen. Auch in nachfolgenden schulischen Angeboten (hauptsächlich BVJ) wird kaum ein Abschluss erreicht. Für diese Schüler ist oftmals kein Zugang zu Ausbildungsstellen möglich. Betriebe bilden nahezu keine Teilberufe mehr aus und berücksichtigen Jugendliche mit Hauptschulabschluss wenig – und solche mit einem Abgangszeugnis Förderschule nahezu gar nicht.

In der Berufsfindung kommt erschwerend hinzu, dass oft Vorstellungen von einer beruflichen Zukunft sehr unkonkret sind, keine Entscheidung getroffen werden kann bzw. es Wünsche und Vorstellungen gibt, die nicht mit den individuellen Voraussetzungen zusammen passen. Es fällt angesichts der fehlenden Perspektiven und Ressourcen sehr schwer, den Jugendlichen eine realistische Perspektive zu vermitteln. Unterstützung von Seiten der Elternhäuser ist kaum zu erwarten.

Bestehende Verordnungen behindern die Besetzung von Ausbildungsplätzen!

Die bestehenden Ausbildungsverordnungen verhindern die passgenaue Besetzung von Ausbildungsplätzen. Durch festgelegte Mindestqualifikationen wird den Unternehmen die Möglichkeit genommen, auch für das Berufsfeld geeignete Jugendliche und junge Erwachsene mit einer geringeren Ausgangsqualifikation (z.B. Hauptschulabschluss) einzustellen.

Auch nicht benachteiligte Jugendliche benötigen zunehmend Unterstützung beim Berufseinstieg!

Berichte der Studienorientierung und -beratung belegen, dass auch Sekundar- und Gymnasialschüler zunehmend von schweren Entscheidungängsten geplagt sind, begünstigt durch die Schnelllebigkeit der Veränderung der Berufsbilder und der gesellschaftlichen Anforderungen. Auch gibt es eine Gruppe an Jugendlichen, die trotz guter Leistungen im Schulsystem (z.B. guter Realschulabschluss) vermehrten Unterstützungsbedarf im Übergang zur Berufsausbildung hat. Eine intensivere individuelle Unterstützung neben der Beratung durch die Berufsberatung der Arbeitsagentur und dem Jobcenter ist für diese Gruppe notwendig.

Berufseinstieg Ü25 – bisher ein Weg mit vielen Schwierigkeiten!

Im Bereich der jungen Erwachsenen über 25 Jahre (z.B. junge Mütter) gibt es kaum Möglichkeiten einer Erstausbildung und eines Berufseinstiegs, auch wenn diese selbst motiviert für diesen sind. Die Potentiale dieser Gruppe werden damit verschenkt und die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen zementiert. Mit dem neuen „Konzept U35“ des Jobcenters und der Agentur für Arbeit im Zuge der Kampagne „AusBILDUNG wird was – Spätstarter gesucht“ bestehen bereits erste Ansätze in diese Richtung. Diese müssen verstetigt werden.

Es herrscht eine unübersichtliche Angebotsfülle im Bereich beruflicher Orientierung und Integration Jugendlicher!

Kennzeichnend für den Bereich der Berufsorientierung und beruflichen Integration Jugendlicher ist ein vielschichtiger Förderdschungel, der neben sehr vielen Trägern und vielen Finanzierungsmodellen von einer hohen Maßnahmen- und Projektrotation geprägt ist. Das Auf- und Abtauchen von Projekten verstärkt den Eindruck einer Beliebigkeit, der so seitens der Initiatoren nicht gewollt ist. Die Angebote sind inhaltlich und zeitlich oft ungenügend miteinander verzahnt. Ein Überblick über alle bestehenden Angebote ist selbst für Professionelle angesichts der Fülle und Kurzlebigkeit mancher Projekte kaum möglich. Eine kontinuierliche Zusammenarbeit im Sinne der effektiven Unterstützung der Jugendlichen wird hierdurch sehr erschwert. Die Jugendlichen selbst sind zur Differenzierung der Angebote und Inhalte nicht in der Lage.

3. GRUNDSÄTZLICHE ANFORDERUNGEN AN EINE GELINGENDE BERUFSORIENTIERUNG UND BERUFLICHE INTEGRATION

Die Akteure der beruflichen Orientierung mit benachteiligten und teils "bildungsfernen" Jugendlichen aus Halle (Saale) haben in ihrer Arbeit folgende Bedingungen als förderlich bzw. positiv herauskristallisiert:

Orientierung an der Lebenswelt der Jugendlichen

Ein Grundpfeiler der Arbeit mit Menschen sollten gegenseitige Achtung und Respekt sein. Jeder trifft Entscheidungen, die aus seinem individuellen Kontext resultieren und damit ihre Berechtigung haben. Nur auf Grundlage dieser Wertschätzung kann sich ein Klima der Offenheit entwickeln, in dem die Jugendlichen erreichbar und noch formbar sind. Auf dieser Ebene sind konstruktive Gespräche mit den Jugendlichen möglich, die Akteur und Adressaten zufrieden stellen und zielgerichtet Ergebnisse der beruflichen und sozialen Integration erreichen können.

Es hat sich als hilfreich erwiesen, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ganzheitlich mit all ihren Problemen und Belangen, Stärken und Defiziten zu betrachten (systemischer Blick). Wenn sich der Fokus nicht nur auf die Berufswahlentscheidung als einzig relevante Größe richtet und partizipativ mit den Adressaten gearbeitet wird, kann Integration und Lebensweggestaltung nachhaltig gelingen. Um Jugendliche erfolgreich mit Angeboten erreichen zu können ist es zudem wichtig, dass auch das jeweilige Umfeld (z.B. Eltern, Lebenspartner,...) in die Problemlösung mit einbezogen wird und hinter den Angeboten steht. Insgesamt ist es zielführend, die Angebote für die Jugendlichen niedrigschwellig zu gestalten. Das meint konkret:

- Niedrigschwelligkeit im Angebotsaufbau: Orientierung an der Zeit-/Alltagsstruktur der Jugendlichen, bspw. durch Nachmittagsangebote, Teilzeitangebote, offene Angebote, Heranholen der Jugendlichen durch „Geh-Strukturen“, Partizipation der Teilnehmer bei der Gestaltung der Angebote
- Niedrigschwelligkeit in den Verbindlichkeiten: kein Ausschluss von Teilnehmern, wenn noch keine Tagesstruktur vorhanden ist
- Niedrigschwelligkeit im Anspruch an den Jugendlichen: Orientierung an Stärken und Kompetenzen anstatt Defiziten der Jugendlichen, „Fordern ohne Überfordern“, Möglichkeit von Teilqualifizierungen, Einstieg ohne breite Vorkenntnisse

Vernetzte und verlässliche Angebotsstrukturen

In Halle (Saale) gibt es derzeit eine breite Vielfalt an Einzelprojekten, die sich der Zielgruppe widmen. An einigen Stellen gibt es bereits konstruktive Kooperationen auf Ebene der Projekte und Akteure vor Ort, die mit kurzen Wegen und guter Absprache sehr tragfähig und für alle Seiten gewinnbringend sind (z.B. zum Jobcenter/ Team U25). Nur mittels tragfähiger Vernetzung aller Akteure ist eine passgenauere Vermittlung der Jugendlichen bzw. von Angeboten erreichbar. Stetige Angebote mit festen Ansprechpartnern sowie professionelle, mit entsprechenden Ressourcen und Kompetenzen ausgestattete Vernetzungsplattformen optimieren an dieser Stelle die Kenntnis und Zusammenarbeit untereinander.

Im Bereich Schule erweist sich eine zentrale Koordinierung der Angebote durch eine Person vor Ort als hilfreich und effektiv.

Gesamtstädtische und rechtskreisübergreifende Planung und Steuerung

Ein kommunal abgestimmtes Gesamtkonzept zum Übergang Schule-Beruf bzw. der beruflichen Integration Jugendlicher und junger Erwachsener beugt Doppelungen von Maßnahmen vor und ermöglicht eine effizientere und effektivere Ausrichtung der Angebotsstruktur an den Bedürfnissen der Zielgruppe und Akteure. Basis hierfür ist eine grundlegende Bereitschaft zur Zusammenarbeit der beteiligten Rechtskreise (SGB II, III, VIII, XII) auf Leitungsebene sowie von Wirtschaft und Politik. Als erster Ansatz bildet der vor mehr als 3 Jahren durch die Agentur für Arbeit initiierte Beirat zur Berufsorientierung für Halle und den Saalekreis eine wichtige Plattform für den Informationsaustausch und die Strategieentwicklung mit den Partnern der Region.

4. FORDERUNGEN ZUR GEWÄHRLEISTUNG EINES BESSEREN ÜBERGANGS SCHULE-BERUF IN DER STADT HALLE (SAALE)

„Teilhabe an Bildung und Kultur wird als zentrale Voraussetzung für soziale Integration verstanden. Deshalb werden Bildungs- und Unterstützungsangebote für sozial und individuell Benachteiligte ausgebaut und weiterentwickelt. In gemeinschaftlichem Handeln mit den regionalen Partnern soll insbesondere der Anteil der Schul- und Ausbildungsabbrecher erheblich reduziert werden. Durch entsprechende Unterstützungsmaßnahmen sollen diese eine Ausbildungsreife erlangen, die bessere Chancen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eröffnen.“

(Integriertes Strategiepapier - Strategiedialog zur Stadtentwicklung Halle 2025, S. 8/9)

Das „Integrierte Strategiepapier – Strategiedialog zur Stadtentwicklung Halle 2025“ beschreibt den Willen der Stadt Halle (Saale) zur Bekämpfung von Schul- und Ausbildungsabbrüchen und zur Integration junger Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Dieser Ansatz erhält die volle Unterstützung der AG BO. Für den Bereich des Übergangs Schule-Beruf ist angesichts der in diesem Positionspapier beschriebenen Situation eine Weiterentwicklung unter Mitarbeit aller Beteiligten dringend notwendig. Ausgehend von den als förderlich empfundenen grundsätzlichen Bedingungen für eine gelingende berufliche Integration junger Menschen sind aus Sicht der AG BO hierfür folgende konkrete Impulse zu setzen:

- 1. Die Einbettung des Übergangs Schule-Beruf als Teil eines kommunalen Übergangsmanagements ist anzustreben!** Für die Einrichtung eines zentralen kommunalen Übergangsmanagements steht die Kommune in der Verantwortung; eine Planung dahingehend sollte bis Ende 2014 erfolgen.
- 2. Eine gesamtstädtische und rechtskreisübergreifende Planung und Steuerung der Angebote am Übergang Schule-Beruf ist zwingend einzurichten!** Dies beinhaltet eine abgestimmte, ganzheitliche, transparente und überprüfbare kommunale Gesamtstrategie für die berufliche Integration junger Menschen in Halle (Saale). Die Kommune in Form der Verwaltungsspitze sowie der Kommunalpolitik initiiert und verantwortet diesen Prozess. Die entsprechenden Rechtskreise SGB II, III, VIII und XII sowie Wirtschaft, Bildungswesen und Wissenschaft sind in die Planung einzubeziehen und alle Vereinbarungen schriftlich zu fixieren. Alle Rechtskreise stellen entsprechende Budgets zur Umsetzung der vereinbarten Strategie zur Verfügung.
- 3. Es ist eine zentrale Anlaufstelle für alle Fragen der Berufsorientierung in Halle (Saale) zu installieren!** Diese muss rechtskreisübergreifend Auskunft über Fragen der Berufsorientierung und beruflichen Integration junger Menschen, entsprechende Angebote und Optionen sowie die in Halle (Saale) agierenden Institutionen und Projekte geben können.

4. **Auf Grundlage der bereits bestehenden Datenbank zur Berufsorientierung (www.berufsorientierung.halle.de) ist bis Ende 2014 eine Orientierungshilfe in Form eines „Wegweisers zur Berufsorientierung“ (Lebenssituationen, Angebote, Ansprechpartner,...) zu erarbeiten und zu publizieren!** Der Wegweiser ist regelmäßig zu überprüfen und zu aktualisieren.
5. **Die Angebote der Jugendsozialarbeit an der Schwelle Übergang Schule-Beruf, insbesondere Schulsozialarbeit, Reintegration von Schulverweigerern sowie Jugendberufshilfe, sind von der Kommune unabhängig von eventuellen Drittmitteln mindestens in ihrem derzeitigen Umfang von in etwa 65 Vollzeitstellen dauerhaft zu erhalten.** Sie sind langfristig entsprechend des bestehenden Bedarfs weiterzuentwickeln und auszustatten. Dies beinhaltet zur Sicherstellung einer Planungssicherheit mindestens dreijährige Förderzeiträume. Der tatsächliche Bedarf ist im Rahmen einer transparenten Jugendhilfeplanung unabhängig von der jeweils bestehenden Haushaltslage der Stadt Halle (Saale) zu beschreiben.
6. **Alle Angebote der Berufsorientierung und beruflichen Integration junger Menschen sind in Hinblick auf die Einhaltung von Qualitätsstandards zu überprüfen und weiterzuentwickeln.** Insbesondere die ganzheitliche Betrachtung der Zielgruppe, deren Partizipation sowie eine regelmäßige Evaluation der Angebote sind als Standard zu verankern. Die Steuerungsverantwortung hierfür obliegt der jeweils zuständigen kommunalen Verwaltung.
7. **Die Aktivitäten der Wirtschaft im Prozess der Berufsorientierung sind auf alle Zielgruppen und Schulformen auszuweiten.** Dies beinhaltet insbesondere auch adäquate Angebote für Förderschulen sowie Schüler ohne Aussicht auf mindestens einen Realschulabschluss. Denkbar wären bspw. Patenschaften für Schulklassen, Betriebspraktika, Ausbildungsstellen im geringqualifizierten Bereich, Ausbildung von Teilberufen, u.a.. Um dies zu erreichen, sind kleine und mittelständische Unternehmen durch IHK und HWK vermehrt auch bei der Bildung von Ausbildungsverbünden zu unterstützen.
8. **Auch für sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Erwachsene über 25 Jahren muss ein Berufsabschluss ermöglicht werden!** Dabei sollte die Möglichkeit einer Erstausbildung geprüft werden.
9. **Berufsorientierung ist bis zum Ende des Schuljahres 2014/15 an jeder Schule im Sekundarbereich in Halle (Saale) als verbindlicher Teil des Schulkonzeptes zu verankern!**
10. **An jeder Schule im Sekundarbereich ist bis zum Ende des Schuljahres 2014/15 ein zentraler Ansprechpartner und Koordinator für Fragen der Berufsorientierung zu benennen.** Dieser ist mit entsprechenden zeitlichen und sächlichen Ressourcen zur Wahrnehmung seiner Aufgaben auszustatten!

SCHLUSSWORT

Es ist aus sozialer wie ökonomischer Sicht unverantwortlich, einer größer werdenden Gruppe junger Menschen in Halle (Saale) die notwendige Unterstützung bei der Bewältigung des Übergangs Schule-Beruf aus Gründen knapper Haushalte, rechtlicher Zuständigkeitsabgrenzungen und fehlender Abstimmung zu verwehren. Dies hätte neben den jeweiligen individuellen Folgen letztendlich eine Verschiebung und eine Vervielfachung an Kosten in der Zukunft zur Folge, da eine Abhängigkeit der betroffenen Jugendlichen von Transferleistungen hochgradig wahrscheinlich wird. Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung aller Akteure, um die berufliche Integration junger Menschen in unserer Stadt zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Die AG BO ist bereit, diesen Prozess zu begleiten und aktiv mitzugestalten!

Halle (Saale), September 2013

Arbeitsgruppe Berufsorientierung

Kontakt: Arbeitsgruppe Berufsorientierung
Zur Saaleaue 51a, 06122 Halle (Saale)
Telefon: 0345/68694816
ag-bo@spi-ost.de

Die Arbeitsgruppe Berufsorientierung wird unterstützt und gefördert durch:



EUROPÄISCHE UNION